

# «Streit und Debatten gehören zur Politik»

Die Abgeordneten machten einige Vorschläge zur Stärkung des Landtages. Welche dem Landtag tatsächlich helfen, zeigt Politologe Frommelt.

Elias Quaderer

In der letzten Aktuellen Stunde der Legislatur befassten sich die Abgeordneten mit der Stärkung des Landtages. Die verschiedensten Vorschläge wurden dabei in den Raum geworfen. Aber welche würden den Landtag tatsächlich stärken? Christian Frommelt, Politikwissenschaftler und Leiter des Liechtenstein-Instituts, gibt seine Einschätzung zu acht Verbesserungsvorschlägen.

## Bisweilen ein zu kritisches Bild des Landtages

Im Allgemeinen stellt Christian Frommelt dem Landtag ein gutes Zeugnis aus – auch für die turbulente vergangene Legislatur. So habe er seine Arbeit nicht gross anders wahrgenommen als in den vorigen Perioden. Damit schätzt Frommelt die Tätigkeiten des Landtages positiver ein als viele seiner Mitglieder. Der Politologe merkt hierzu an: «In den vergangenen Wochen übten diverse Landtagsabgeordneten viel Kritik am Landtag. Meiner Meinung nach wurde bisweilen ein zu kritisches Bild der Landtagsarbeit gezeichnet. Streit und Debatten gehören zur Politik. Wichtig ist, dass diese ihre Handlungsfähigkeit behält. Und das war beim Landtag stets der Fall.»

Nachfolgend sind die acht Vorschläge zur Stärkung des Landtages inklusive der Einschätzung des Politologen aufgeführt.

**1. Vorschlag: Weitere vorbereitende Kommissionen schaffen**  
Gleich mehrere Abgeordnete regten an, die Anzahl der vorbereitenden Kommissionen auszu-

bauen. Grundsätzlich beurteilt Frommelt diesen Vorschlag positiv. Die Forschung zeige, dass zusätzliche vorbereitende Kommissionen die Arbeitsweise des Parlaments verbessern: «In kleinen Kommissionen ist es oft leichter, einen sachlichen Diskurs zu pflegen und Kompromisse zu finden.»

Allerdings sei fraglich, ob diese Erkenntnisse auf den kleinen Landtag übertragbar sind. Bevor die Kommissionen erweitert würden, müsse man sich zunächst der Zielsetzung klar sein: Will man einfach die Debatte im Plenum verkürzen? Oder soll der Landtag mit einer Sachbereichskommission früher und stärker in das Gesetzgebungsverfahren eingebunden werden?

## 2. Vorschlag: Sanktionen für Fristen-Missachtung

Der FL-Abgeordnete Patrick Risch bemängelte, dass die Regierung die Fristen für parlamentarische Eingänge einfach verstreichen lassen kann. Er stellte die Überlegung in den Raum, ob nicht Sanktionsmöglichkeiten des Landtages gegen die Regierung möglich wären. «Konkrete Sanktionsmöglichkeiten sehe ich eigentlich nicht», so Frommelt. Man könnte aber die Fristen-Regelungen verbindlicher gestalten. Zum Beispiel: Der Landtag muss einer Fristenverlängerung zustimmen und verpflichtet damit die Regierung auf das neue Datum.

Zudem sollte die Liste der parlamentarischen Eingänge auf der Landtags-Webseite öffentlich zugänglich sein inklusive der jeweiligen Fristen und einer kurzen Begründung für allfällige Verzögerungen. «Das ist kein grosser Aufwand, erhöht



Frommelt analysiert, welche Vorschläge dem Landtag nutzen und welche nicht.

Bild: Tatjana Schnalzger

aber die Transparenz», meint Frommelt.

## 3. Vorschlag: Regierung ist bei Aktueller Stunde anwesend

Ein Wunsch vieler Abgeordneten zur Stärkung des Landtages war, dass die Regierung wieder an der Aktuellen Stunde teilnimmt. Frommelt kann diesen Wunsch nachvollziehen: «Persönlich halte ich die Aktuelle Stunde für ein wichtiges Gefäss, um aktuelle Sachverhalte ohne unmittelbare Beschlussnotwendigkeit miteinander zu diskutieren. Dabei wäre es meiner Ansicht nach jedoch sinnvoll, die Regierung miteinzubeziehen.»

Ziel der Regierungs-Ausladung war, den Dialog zwischen den Fraktionen ins Zentrum zu rücken. Dies hat sich nach Meinung Frommelts jedoch nicht erfüllt: «Die Absenz der Regierung in der Aktuellen Stunde hat weder zu einer wesentlichen Stär-

kung des Landtages noch der Aktuellen Stunde geführt.»

## 4. Vorschlag: Eigener Rechtsdienst für den Landtag

Frommelt fragt sich, ob die Expertise eines Landtag-Rechtsdienstes mehr Akzeptanz geniessen würde, als jener der Regierung. Durch den verschärften Parteienwettbewerb würden Expertenmeinungen politisiert, unabhängig ob sie im Auftrag des Landtages, der Regierung oder der Parteien entstehen. Frommelt schlägt stattdessen vor, die Parteien finanziell stärker zu unterstützen. So könnten sie parteiintern die Expertise zur juristischen Unterstützung bereitstellen.

## 5. Vorschlag: Direktwahl der Regierung

Der NF-Abgeordnete Thomas Rehak war der Ansicht, dass mit einer Direktwahl der Regie-

rung auch der Landtag gestärkt werde. Sein Argument: Wenn die Regierungs- und Landtagswahlen voneinander getrennt werden, stehen bei den Landtagswahlen auch wieder die Landtagskandidaten im Zentrum.

Frommelt räumt zwar ein, dass für einen beachtlichen Teil der Wähler das Regierungsteam wichtiger ist als die Landtagskandidaten. Eine Direktwahl der Regierung werde allerdings die Stellung des Landtages eher schwächen als stärken. Denn aktuell wird die Regierung vom Landtag gewählt und hängt somit von dessen Vertrauen ab.

## 6. Vorschlag: Legislatur auf fünf Jahre verlängern

Vom VU-Abgeordneten Mario Wohlwend kam der Vorschlag, die Legislatur auf fünf Jahre zu verlängern. Aus der Sicht From-

melts machen längere Legislaturperioden dort Sinn, wo ein starker Parteienwettbewerb herrscht und die Politik bereits lange vor dem Wahltermin in den Wahlkampfmodus wechselt. «Das ist in Liechtenstein nicht der Fall», so der Politologe. Aus diesem Grund halte er die bisherigen vier Jahre für angemessen.

## 7. Vorschlag: Wahlkreise Ober- und Unterland auflösen

Der DU-Abgeordnete Harry Quaderer regte die Abschaffung der Wahlkreise Ober- und Unterland an. Frommelt fragt sich hierzu, was der konkrete Nutzen einer solchen Reform wäre. Einzig die kleinen Parteien könnten profitieren, da sie gegenwärtig faktisch in beiden Wahlkreisen antreten müssen. Der Politologe resümiert: «Insgesamt sehe ich keine Änderungen ausser natürlich den Bruch mit einer langen politischen Tradition. Ich bin deshalb skeptisch, dass eine solche Änderung in Liechtenstein von einer Mehrheit unterstützt würde.»

## 8. Vorschlag: Den Landtag auf 15 Abgeordnete reduzieren

Ein zweiter Vorschlag des DU-Abgeordneten war, den Landtag auf 15 Abgeordnete zu reduzieren. Frommelt weist darauf hin, dass das Landtagsmandat bereits jetzt sehr herausfordernd sei. Die Arbeitsbelastung würde sich bei einer Reduktion nur noch erhöhen. Gelegentlich werde zwar behauptet, dass ein Landtag mit nur noch 15 Abgeordneten effizienter arbeiten würde, weil dann nur noch die «Fleissigen» vertreten seien. Für Christian Frommelt ist das aber ganz klar ein Trugschluss.